



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 14. Juli 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-69-0040

Für einen Kassensturz, der seinen Namen verdient - langfristige Trends im städtischen Haushalt berücksichtigen

-Antrag der Fraktionen von FDP, CDU & BLW/ULW/BIG vom 29.06.2022-

Die derzeitige Entwicklung des städtischen Haushalts stimmt wenig hoffnungsfroh. Mit dem Genehmigungs- und Begleiterlass hat das Innenministerium als Kommunalaufsichtsbehörde der LHW nicht nur hohe Anforderungen an den Haushaltsvollzug 2022 gestellt, sondern auch den Haushalt 2023 vorerst nicht genehmigt. Die schlechte Entwicklung der Steuereinnahmen lässt die städtischen Rücklagen weiter schmelzen, eine kurzfristige Erholung ist nicht in Sicht. Gleichzeitig werden in den nächsten Jahren weitere Belastungen auf den städtischen Haushalt zukommen, u.a. durch die Fertigstellung mehrerer im Mietmodelle umgesetzten Projekte. Es droht eine Haushaltsschieflage, die zu Steuererhöhungen oder Leistungseinschränkungen führen kann.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten,

1. bis zur nächsten Sitzung zu berichten, wieso sich die Gewerbesteuerentwicklung in Wiesbaden deutlich negativer darstellt als in anderen hessischen Großstädten.
2. mit dem Kassensturz eine aktualisierte Finanz- und Erfolgsplanung für die Jahre 2023-2026 vorzulegen.
3. die jährlichen Auswirkungen der einzelnen umgesetzten, in Umsetzung befindlichen und geplanten Mietmodelle auf den Verwaltungshaushalt bis 2030 darzustellen.
4. mit dem Kassensturz darzustellen, wie hoch sich die Steuerkraft pro Einwohner in Wiesbaden darstellen müsste, damit die derzeitigen Personal- und Versorgungskosten (inkl. Tarifsteigerungen) bei einer angestrebten Besetzung von 85% der im Stellenplan vorhandenen Stellen, bei den über die nächsten Jahren wachsenden Kosten für die Mietmodell-Projekte und gleichbleibenden Investitionsvolumen und den erwarteten Schlüsselzuweisungen, finanziert werden können.
5. mit dem Kassensturz darzustellen, in welchem Korridor sich der Anteil der Personal- und Versorgungsaufwendungen an den städtischen Ausgaben bis 2030 entwickeln wird.
6. bei ELW und WLW zu erfragen, wie sich Aufwendungen und Umsätze bei den derzeit prognostizierten/zuzahlenden Energiepreisen bis Ende 2023 entwickeln werden und bei drohender Unterdeckung sofortige Sparmaßnahmen in die Wege zu leiten, um so Gebührenerhöhungen zu vermeiden.

Beschluss Nr. 0256

1. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Stadtkämmerer Imholz werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2022

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2022

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Oliver Franz
Bürgermeister